

Forum Güterverkehr

Kleines Land – grosse Wirkung

Warum ein finanzieller Beitrag der Schweizerischen Eidgenossenschaft für eine französische Eisenbahnstrecke gut angelegtes Geld ist.

Von Peter Westenberger*

Ungläubig blickten ihre Kolleginnen und Kollegen aus der EU auf die Schweizer Schienenanteile im Güterverkehr, berichtete Verkehrs-Bundesrätin Sommaruga kürzlich beim VAP, dem schienennahen Wirtschaftsverband.

Von drei Vierteln Eisenbahn wie im alpenquerenden Verkehr in der Schweiz träumen viele Kolleginnen und Kollegen der BernerIn nur. Ausser in Österreich bilden Lkw immer riesigere Kolonnen, und die Klimaziele des Güterverkehrs drohen durch immer neue Diesel-Lkw unerreichbar zu werden. Die Gründe sind eigentlich gut bekannt. Während der Lkw durch immer neue Strassen, attraktive steuerliche Regelungen, dezentes Wegschauen bei Sicherheitsvorschriften und niedrige Löhne osteuropäischer Fahrer gefördert wurde und hoch flexibel die Kunden bedient, haben die meisten europäischen Staaten über die Schiene nur schön geredet, aber nicht gehandelt. Wenn das Schienennetz ausgebaut wurde, ging es meist um den Personenverkehr und besonders teure Strecken für Hochgeschwindigkeitszüge. Anders in der Schweiz. Der konsequente Kurs, das Schienennetz nach Massgabe praxistauglicher Pläne für spätere Personen- wie Güterverehre solide und zum Teil aus der LSWA finanziert auszubauen, zahlt sich jetzt aus und macht die Eidgenossenschaft zum Vorbild.

Zugleich ist die Geduld der Schweizer vor allem mit dem grossen Nachbarn im Norden – Deutschland – beachtlich. Obwohl im Vertrag von Lugano von 1996 Deutschland den Ausbau der Bahnstrecken im Rheingraben und rund um den Bodensee zugesagt hatte, bummelt Berlin extrem. Nur etwa die Hälfte der Rheintalbahn von Karlsruhe nach Basel hat zwischenzeitlich wie vereinbart das dritte und vierte Gleis bekommen. Der 2017 kollabierte Tunnel in Rastatt soll erst im Dezember 2026 fertig werden – zwischen Offenburg und Müllheim südlich von Freiburg laufen wegen einer Planänderung noch nicht einmal alle Planfeststellungsverfahren. Die zuständige



Netztochter der Deutschen Bahn gibt 2041 als Datum für die vollständig viergleisige Befahrbarkeit an. Der annähernd 100 Kilometer lange zweigleisige Abschnitt limitiert die Gesamtkapazität zwischen Nordsee und Norditalien. Dementsprechend ist die Strecke mit täglich 250 Zügen je Richtung schon heute «dicht» und wird wegen kleinerer Bauarbeiten diesen wie letzten Sommer auch noch zeitgleich zur parallelen, weitgehend eingeleisigen Gäubahn gesperrt.

Simonetta Sommaruga betonte, dass in dieser Situation über einen linksrheinischen Ausbau speziell der heute nur wenig genutzten zweigleisigen Strecke zwischen Strasbourg und Wörth nahe Karlsruhe gesprochen werden müsse. Und mehr noch: Die Schweiz sei bereit, sich finanziell an einem Ausbau in Frankreich zu beteiligen. Das ist gut angelegtes Geld, auch wenn diese Form von Entwicklungspartnerschaft für zwei hochpotente EU-Staaten zunächst befremdlich wirkt. Der grösste Nutzen der bereits an anderer Stelle praktizierten Aus-

«Zugleich ist die Geduld der Schweizer mit dem grossen Nachbarn im Norden – Deutschland – beachtlich.»

landsfinanzierung für die Schweiz bestünde darin, dass über die Neat-Strecken in der Folge noch mehr verlagertes Lkw-Verkehr laufen könnte. Damit würden sich – verkehrlich, ökologisch und wirtschaftlich – die gigantischen Investitionen früher rentieren. Neue Reisemöglichkeiten im Personenverkehr und bei den ständigen Bauarbeiten in Deutschland nicht mehr vom ICE in den Bus des Schienenersatzverkehrs umsteigen zu müssen, kämen hinzu. Die Schweizer Verkehrspolitik gäbe ein weiteres Mal im wohlverstandenen eigenen Interesse den Takt für Europa vor. Der neue deutsche Verkehrsminister Volker Wissing kennt als Südpfälzer die Situation der Eisenbahnen im linksrheinischen Grenzgebiet von Deutschland und Frankreich gut und könnte ein offenes Ohr haben. Als tätige Reue für das Zaudern beim eigenen Schienenausbau könnte sich Berlin ebenfalls an den Ausbauposten beteiligen.

* Peter Westenberger ist Geschäftsführer von «Die Güterbahnen».

Pressestimmen

Ukraine



Wenn die Ukraine heute ihren Unabhängigkeitstag feiert, füllen sich die Strassen von Kiew nicht mit Paraden und Blumen. Stattdessen werden ausgebrannte russische Panzer ausgestellt, die deutlich daran erinnern, dass es gerade nicht viel zu feiern gibt. Das Risiko ist vielmehr, dass die Ukrainer statt Feuerwerk Raketenangriffe erleben. Russlands abstossender Aggressionskrieg ist für die Ukraine existenzbedrohend. Putin hofft vermutlich, dass der Winter mit Energiemangel und hohen Rechnungen die Moral der Europäer untergräbt. (Expresen)

DAILY NEWS

Die russischen Bemühungen sind in fast jeder Hinsicht spektakulär gescheitert. Die Ukraine ist natürlich nicht gefallen, und sie hat eine reelle Chance, den russischen Vormarsch abzuwehren. Die Russen haben einen beachtlichen Teil ihrer militärischen Führung und einen beträchtlichen Teil wichtiger militärischer Ausrüstung verloren. Die Nato wurde nicht, wie beabsichtigt, in die Schranken gewiesen. Vielmehr wurde sie gestärkt, da die Streitkräfte Finnlands und Schwedens auf dem besten Weg sind, dem atlantischen Bündnis beizutreten. (New York Daily News)

The Telegraph

Die Ukraine kämpft nicht nur für ihre Unabhängigkeit und Freiheit, sondern auch für den Grundsatz, dass es Aggressorstaaten nicht erlaubt sein sollte, Grenzen mit Gewalt neu zu ziehen. Nachdem Putin 2014 die Krim annektiert hatte, waren westliche Staats- und Regierungschefs überzeugt, dass sie durch Sanktionen genug getan hatten, um ihn davon abzuhalten, noch weiter zu gehen. Ohnehin war es nicht in ihrem Interesse, einen Stellvertreterkrieg mit Russland zu führen. Sie haben sich geirrt. Zu den Folgen dieser schrecklichen Fehleinschätzung gehören die Gräueltaten, die heute in der Ukraine verübt werden. (The Telegraph)

THE IRISH TIMES

Putin macht zweifellos die riesige russische Opferliste zu schaffen, die auf bis zu 60 000 geschätzt wird, und auch, dass sein ursprünglicher Plan, Kiew einzunehmen, trotz der grossen militärischen Überlegenheit Russlands völlig gescheitert ist. Es ist schwer vorstellbar, dass es innerhalb des Regimes keine ernsthaften Zweifel am Krieg und an dessen siegreichen Ausgang gibt. Kiew ist seinerseits nach wie vor darauf bedacht, sicherzustellen, dass die westliche Unterstützung – die für das Land in militärischer, diplomatischer und humanitärer Hinsicht so wichtig ist – nicht nachlässt. (Irish Times)

The Asahi Shimbun

Bislang sind mindestens 5500 zivile Tote zu beklagen, davon über 360 Kinder. Im stark umkämpften Osten der Ukraine sind noch viel mehr Opfer zu befürchten. Auf beiden Seiten kamen schätzungsweise Zehntausende Soldaten ums Leben. Die Realität zeigt, dass die moderne Kriegsführung auch die ultimative Verletzung der Menschenrechte bedeutet. Die Gedanken von Putin und seinen Leuten in Moskau kann man nur als unheimlich bezeichnen. Einzig Russland kann diese Tragödie stoppen und das Land hat auch die Verpflichtung, dies zu tun. (Asahi Shimbun)

Leserbriefe

Parkplätze in der Touristensaison

Zu «Projekt ist das beste und kostengünstigste», SN vom 23. August

Arnold Islikers Frage nach Parkplätzen für den Rheinfall-Tourismus ist ganz einfach zu beantworten. Ich habe schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass unser Kanton am Rheinfall ein Parkdeck erstellen sollte. Es ist unsere Gemeinde, die schon seit Jahrzehnten beim Kanton für die Vermietung der Burgunwiese 20 000 Franken abkassiert, damit die Touristen einen Parkplatz haben. So wurden Generationen in Neuhausen um ihr Zirkus- oder Chilibvergütungen gebracht. Der Kanton kassiert Millionen an Parkgebühren am Rheinfall und nimmt von jedem Steuerzahler im Kanton noch seinen Obolus für den Fremdenverkehr, der überhaupt nicht nachhaltig ist. Also muss die Werbung im Ausland reduziert werden oder endlich ein Parkleitsystem mit dem Kanton Zürich realisiert werden, damit die Touristen einen Parkplatz finden. Der Fährimaa bringt die Touristen auch ans Schaffhauser Ufer.

Guido Haller
Neuhausen

Kommentar

Parteien sollen Verantwortung für eine ehrliche Debatte tragen

«Bald bis 67 arbeiten?», fragen der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und die anderen Gegner der aktuellen AHV-Reform. Für sie liegt es auf der Hand: Ein Ja zu dieser Vorlage, über die wir am 25. September abstimmen, bringe nicht nur das Rentenalter 65 für Frauen. Schon in naher Zukunft müssten die Schweizerinnen und Schweizer bis 67 arbeiten. Das ist insofern nicht abwegig, als dass ein noch längeres Erwerbsleben durchaus zur Diskussion steht. Zustande gekommen – aber noch nicht abstimmungsreif – ist etwa die Renteninitiative der Jungfreisinnigen. Sie möchten das Pensionsalter an die Lebenserwartung koppeln. Daher finden die Reformgegner zu recht nichts Falsches an ihrer Kampagne. Ganz anders sehen dies die Bürgerlichen. Sie kritisieren, die politische Linke würde Falschaussagen verbreiten, was perfide sei. Es gehe jetzt überhaupt nicht um das Rentenalter 67. Und das trifft gleichfalls zu. Die Debatte dreht sich heute nur darum, ob Frauen ein Jahr länger arbeiten sollen. Strenggenommen transportiert das SGB-Plakat also eine zurzeit falsche Botschaft. Unterdessen stehen die Bürgerlichen, was politische Werbung angeht, den Sozialdemokraten in nichts nach. Das «Wurmplakat» der SVP, das 2019 auftauchte, kann als Verunglimpfung der politischen Gegner aufgefasst werden. Sie wurden als

Raupen dargestellt, die einen Apfel mit Schweizerkreuz zerfressen. Die Botschaft der Rechtskonservativen: «Linke und Nette» höhlen die Schweiz aus. Die gleiche Partei stellte sich mit dem Begriff «Zwangsorganspende» gegen die Widerspruchslösung im Transplantations-



Reto Zanettin
Inlandredaktor

reto.zanettin@shn.ch

«Was ist wahr und was ist falsch, ist ohnehin zur drängenden Frage geworden.»

gesetz. Impliziert war wohl, den Menschen würde gegen ihren Willen die Niere oder das Herz entnommen. Korrekt ist eher: Wer nach dem Tod seine Organe nicht spenden möchte, kann dies zu Lebzeiten festhalten. Gezwungen wird niemand, weil jeder Nein zur Organspende sagen kann. Das Volk hat dieser Lösung trotz Bedenken, das Recht auf körperliche Unversehrtheit werde tangiert, zugestimmt. «Bald bis 67 arbeiten?» und die «Zwangsorganspende» – das sind zwei Beispiele für provokante politische Werbung. Sie überzeichnen und können jene irreführen, die schlecht über die Vorlagen informiert sind. Doch die Meinungsfreiheit

schützt solche Kampagnen, wenn Private sie führen – es sei denn, das Strafrecht werde verletzt. Anders verhielte es sich, wenn der Bundesrat durchblicken liesse, im September werde über das Rentenalter 67 abgestimmt. Denn die Landesregierung ist per Gesetz zu sachlicher Information der Bevölkerung verpflichtet. Die Grenzen der Meinungsfreiheit sind also ziemlich weit gezogen. Sie erlauben einen hart geführten politischen Diskurs. Wer dabei Falschaussagen verbreitet, soll durch andere korrigiert werden. Genau das geschieht offenbar, da Bürgerliche die Frage «Bald bis 67 arbeiten?» angreifen – und damit den Abstimmungskampf vorantreiben. Ende September wird sich zeigen, wer die Oberhand behält. Es werden jene sein, die in den Augen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die stichhaltigen Argumente geliefert haben. Das ist nichts als demokratisch. Nun aber leben wir in einer Zeit der Desinformation. Was ist wahr und was ist falsch, ist ohnehin zur drängenden Frage geworden. Scheinbare Fakten können sich als Lügen entpuppen. Dadurch wird das für die direkte Demokratie ausschlaggebende Vertrauen in Informationen geschwächt. Den Verbänden und Parteien – linken wie rechten – steht es somit gut an, Verantwortung für eine gehaltvolle, wohl harte und bisweilen zugespitzte, aber stets ehrliche Diskussion zu übernehmen.